

Präsident Haberkorn: Zum Druck und auf eine Tagesordnung.

(Nr. 322.) 14 Beitrittserklärungen des Stadtraths zu Lichtenstein zc. zu der Petition der Gemeinden Adorf zc., die Reform der Schulgesetzgebung betreffend.

Präsident Haberkorn: An die erste Deputation.

(Nr. 323.) Petition des Lackfabrikanten Dieß in Leipzig, das Preßgesetz betreffend.

Präsident Haberkorn: An die erste Deputation.

(Nr. 324.) Desgleichen Krause's in Grimmitzschau und Genossen um Gewährung der Religionsfreiheit.

Präsident Haberkorn: An die vierte Deputation.

(Nr. 325.) Petition der Gemeindevertretungen zu Reudnitz, Anger zc. um Errichtung eines mit einer Realschule verbundenen Gymnasiums zu Leipzig auf Staatskosten.

Präsident Haberkorn: An die vierte Deputation.

Dies waren die Gegenstände der heutigen Registrande. — Für die heutige Sitzung habe ich den Abg. Dr. Minckwitz wegen dringender Geschäfte und den Abg. Günther wegen Unwohlseins, welches auch gestern schon stattgefunden hat, zu entschuldigen.

Wir können nun zur Tagesordnung übergehen, und zwar zum ersten Gegenstande, zur Vorberathung im Plenum über den Antrag der Abgg. May und Genossen, den Militäraufwand des Norddeutschen Bundes zc. betreffend. — Der Antrag selbst liegt den Kammermitgliedern vor und lautet:

Die ehrerbietigst Unterzeichneten gestatten sich, folgenden Antrag zu begründen:

In Erwägung, daß die seit dem Jahre 1866 geschaffene ganz unverhältnißmäßig große Militärmacht auf die Dauer nicht forterhalten werden kann, wenn der Volkswirtschaft nicht die empfindlichsten Nachteile bereitet werden sollen;

in Erwägung, daß ein allgemeines Vertrauen auf dauernde friedliche Zustände unter Beibehaltung der jetzigen Militärmacht nicht Platz greifen kann;

in Erwägung endlich, daß, so lange solche Zustände andauern, nirgends ein rechtes Vertrauen und ein belebter Aufschwung in Handel, Industrie und Verkehr kommen kann und wird, wohl aber der unvermeidliche finanzielle Ruin aller Staaten die natürliche Folge solcher unproductiver Ausgaben sein muß;

beschließen die beiden Kammern des Königreichs: die königl. Staatsregierung wolle beim norddeutschen Bundesrathe mit allen gebotenen Mitteln dahin wirken, daß

- a) der Aufwand für die Militärverwaltung des Norddeutschen Bundes entsprechend abgeändert,
- b) eine allgemeine Abrüstung angestrebt und möglichst bald durchgeführt, zu dem Ende

aber bei dem Bundespräsidium das Vorgehen auf diplomatischem Wege angeregt werde.

Dresden, den 3. November 1869.

| | |
|---------------|--------------------|
| May (Polenz). | Dr. Minckwitz. |
| Schreck. | Dr. Wigard. |
| Walter. | Braun. |
| Schubert. | Heubner. |
| Petri. | Körner. |
| Belleville. | Schulze (Knehlen). |
| Fahnauer. | |

Es ist mir aber vorher hierzu ein Abänderungsantrag zu diesem Antrage überreicht worden, welcher lautet:

„Die Unterzeichneten beantragen:

1. nach den Worten: „„die königl. Staatsregierung wolle““ die Worte einzufügen: „„dann, wenn die nothwendige Rücksicht auf die Sicherheit und Machtstellung Deutschlands dies gestattet““
— beim norddeutschen Bundesrathe dahin wirken —;
2. in Satz a das Wort „„abgeändert““ zu vertauschen mit dem Worte „„vermindert““;
3. Satz b wegzulassen.

| | |
|-----------------|--------------|
| Eule. | Schnoor. |
| Dietel. | Dr. Gensel. |
| Hauffe. | Penzig. |
| Israel. | Dr. Reifner. |
| Uhle. | Lange. |
| Dr. Biedermann. | Temper. |
| Stauß. | Krause.“ |

Abg. May (Polenz): Meine Herren! Ehe ich zur weiteren Begründung des von mir gestellten Antrags übergehe, möchte ich mich im Voraus verwahren gegen jede etwaige Unterstellung, als ob ich mit meinem Antrage eine Schwächung und Schädigung der Militärmacht des Norddeutschen Bundes ins Auge gefaßt habe. Dies liegt durchaus nicht in der Tendenz meines Antrags; vielmehr geht die Absicht desselben nur dahin, die Militärmacht des Norddeutschen Bundes auf das richtige Maß und für unsere gesammte deutsche Volkswohlfahrt erträgliche Verhältnisse zurückzuführen. Die Gründe, die mich zur Stellung des Antrags veranlaßt haben, sind theils volkswirtschaftlicher, theils finanzieller Natur. Was zunächst den volkswirtschaftlichen Grund anbelangt, so ist nicht zu verkennen, daß seit dem gewaltigen Umsturz des Jahres 1866 die Volkswohlfahrt durch das seit jener Zeit Platz gegriffene ganz unverhältnißmäßig hohe Militärwesen bedeutend geschädigt worden ist. Ueberall sehen wir Störungen im Handel und Geschäftsverkehr, überall sehen wir eine gewisse Mißstimmung Platz gegriffen im Publikum und begründet in der Hauptsache dadurch, daß man nirgends unter den jetzt bestehenden Verhältnissen dem Frieden traut. Inwiefern solche Besorgnisse begründet sind oder nicht, vermag ich nicht zu entscheiden, ich bin nicht